

Queerpolitik ist kein Widerspruch zum Feminismus. Für eine Politik der vielen Geschlechter!

Beschlossen auf dem Bundeskoordinierungstreffen vom 09.-11. November 2012 in Berlin

Theorie

In unserer Gesellschaft herrscht heutzutage immer noch in weiten Teilen die Überzeugung vor, es gäbe genau zwei Geschlechter (männlich/weiblich), diese seien biologisch festgelegt und unveränderlich, jeder Mensch gehöre einem dieser Geschlechter an und es könne anhand der Genitalien eindeutig erkannt werden. Diese Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit spiegelt sich im Personenstandsrecht, in dem direkt nach der Geburt eins der beiden Geschlechter „männlich“/„weiblich“ angegeben werden muss, und in vielen anderen Gesellschaftsbereichen wider. Ob Angaben zur Person beim Ausfüllen von Formularen oder Anmeldungen, der Gang zur Toilette oder das Aufsuchen einer Umkleidekabine oder auch einfach wenn wir als Menschen im gesellschaftlichen Leben wahrgenommen werden - die Kategorie "Geschlecht" ist sehr präsent und lässt in der Regel nur zwei Optionen zu. Es gibt aber „keine notwendige, naturhaft vorgeschriebene Zweigeschlechtlichkeit [...], sondern nur verschiedene kulturelle Konstruktionen von Geschlecht“. Gender und das zweigeschlechtliche System haben sich historisch entwickelt und sind gesellschaftlich und kulturell konstruiert. Diese Konstruktion wird so kontinuierlich reproduziert, dass den meisten Menschen Zweigeschlechtlichkeit wie eine unveränderliche Naturtatsache vorkommt. Selbst auf einer biologischen Ebene (chromosomal, gonadal, hormonell, genital) existiert jedoch keinerlei (wissenschaftliche) Grundlage für ein zweigeschlechtliches System. Es werden dennoch alle Menschen in dieses System gepresst. Sei es dadurch, dass das Geschlecht im Personenstand angegeben werden muss und es dort nur zwei Möglichkeiten gibt, oder auch wenn Inter* immer noch äußerlich an ein Geschlecht „angegliedert“ werden. Sowohl Inter* und Trans* als auch die völlig unterschiedlichen Gender, die innerhalb der beiden gesellschaftlichen Kategorien „männlich“ und „weiblich“ existieren, verdeutlichen jedoch immer wieder, dass Zweigeschlechtlichkeit und ein von Natur aus festgelegtes und unveränderbares Geschlecht nicht existieren.

Mit der Zuweisung eines von zwei im Personenstandsrecht vorgegebenen Geschlechtern auf der Grundlage der äußeren Genitalien eines Neugeborenen beginnt ein Prozess, in dem ein Kind durch gesellschaftliche Erwartungen, vorgelebte Rollen und die Art, wie andere Menschen mit ihm umgehen, in eine vermeintlich zu erfüllende Geschlechterrolle „erzogen“ wird. Diese Sozialisationsprozesse verlaufen so, dass oft genau die Merkmale von „Männlichkeit“ oder „Weiblichkeit“ entwickelt werden, die dann wiederum als Begründung für die angeblich natürlich vorgegebene Unterscheidung herangezogen werden. Dabei entsteht eine soziale Ordnung, die Geschlechter, die vom Geschlecht „männlich“ abweichen, konsequent benachteiligt. Geschlecht ist nicht

der Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis sozialer Prozesse, z.B. ist Gebärfähigkeit von Frauen nicht die Grundlage für einen benachteiligten Status sondern wird durch Prozesse dazu gemacht.

Gender - keine rein theoretische Debatte

Die Debatte um Gender, Zweigeschlechtlichkeit und die (De-)Konstruktion von Geschlecht ist keineswegs eine rein theoretische. Die sozial konstruierte Geschlechterordnung zieht Benachteiligungen und Diskriminierungen nach sich, die wir als Juso-Hochschulgruppen nicht akzeptieren können. Opfer sind dabei alle Menschen, die vom heterosexuell männlichen abweichen. Weiblich sozialisierte Menschen sind dabei eine besonders große Gruppe. Aber auch alle Menschen, die sich nicht mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren, sondern als das andere im Personstand mögliche, oder auch Menschen, die sich zwischen den beiden Geschlechtern „männlich“/“weiblich“ oder aber auch ganz außerhalb dieses Systems einordnen, sind vielen Diskriminierungen ausgesetzt. „Überschreitungen“ der Zweigeschlechtlichkeit werden nicht als Auslöser genommen, diese zu hinterfragen, sondern Menschen die nicht dieses System passen bzw. sich dort nicht einordnen können oder wollen, werden als „anormal“ dargestellt. Das führt zu einer nicht hinnehmbaren Abwertung und Ausgrenzung. Diskriminierung findet dabei unter anderem statt durch eine dominierende Normierung durch Sprache, durch Benachteiligung im Berufsleben, durch offene Diskriminierung auf der Straße bzw. im öffentlichen Leben oder dem Zwang, sich an vielen Stellen einem von den vermeintlich zwei möglichen Geschlechtern zuordnen zu müssen. Schon die Tatsache, dass jemand einen Menschen auf den ersten Blick nicht "eindeutig" einem der beiden Geschlechter „männlich“/“weiblich“ zuordnen kann, führt oft zu Anstarren oder abwertenden und beleidigenden Kommentaren. Auch Trans*-Personen sehen sich oft Beschimpfungen und nicht selten gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt.

Es muss jedoch jedem Menschen selber überlassen sein, die eigene Geschlechtsidentität zu definieren. Das ist in einem System mit nur zwei Kategorien für eine Vielzahl von Gendern nicht möglich. Darüber hinaus darf niemand aufgrund seines Geschlechts diskriminiert werden. Das gilt für Frauen*/Männer* genauso wie für Trans*, Inter* und alle Menschen, die sich nicht im binären System wiederfinden.

Die Benachteiligung von nicht-männlich-sozialisierten Menschen wird so lange weiter geschehen, wie man das zweigeschlechtliche System akzeptiert und dadurch reproduziert und verstärkt. Langfristiges Ziel muss daher sein, dass die Kategorie Geschlecht keine Rolle mehr spielt in Bezug auf Teilhabe, Chancen, Lebenswege etc. und dass das binäre System mit lediglich zwei Geschlechtern durch ein flexibles und offenes Verständnis von Geschlecht ersetzt wird, was Raum für jede Selbstdefinition lässt, ohne dabei zu verkennen, das Geschlecht auch weiterhin eine Rolle für die Identität eines Menschen spielt. Wir wollen nicht Geschlecht

abschaffen, sondern die starre Kategorisierung aufbrechen und mit Gender verbundene Diskriminierung überwinden.

Vereinbarkeit von Queer- und Gleichstellungspolitik

Insbesondere die Piratenpartei tut sich in letzter Zeit damit hervor, dass sie "postgender" sei, was für sie bedeutet, dass Geschlecht innerhalb ihrer Strukturen keine Rolle mehr spiele. Die Idee, dass man die Dekonstruktion der Geschlechter mit einem Beschluss durchführen kann, lehnen wir kategorisch ab. Geschlecht spielt nach wie vor in der Gesellschaft eine Rolle, was sich insbesondere darin zeigt, dass das Patriarchat in keiner Weise überwunden ist.

Geschlechterdiskriminierung ist ein verbreitetes Phänomen, allerdings erfolgt diese Diskriminierung in der Regel nicht aufgrund der Zuschreibung eines Geschlechts ("weiblich"), sondern aufgrund der wahrgenommenen Abweichung von einem Geschlecht ("nicht männlich"). Die Opfer dieser Diskriminierung definieren sich in weiten Teilen - allerdings nicht ausschließlich - als weiblich. Das Geschlecht, wenn auch eine konstruierte Kategorie, wird in der Gesellschaft im Rahmen einer Zweigeschlechtlichkeit gedacht. Diese bringt jedoch eine Diskriminierung all jener Menschen mit sich, die sich nicht innerhalb der Dichotomie weiblich - männlich einordnen können und wollen.

Ziel einer jungsozialistischen Genderpolitik muss es daher sein, zweigleisig vorzugehen und Queer- und Gleichstellungspolitik zu verbinden, statt sie gegeneinander auszuspielen. Einerseits muss hierbei der Kampf gegen die konstruierte Zweigeschlechtlichkeit geführt werden, nicht um andere Menschen von ihrem Geschlecht "weg zu missionieren", sondern um die Akzeptanz anderer Geschlechter herbeizuführen und somit der breiten Masse der Gesellschaft andere Optionen innerhalb der Mehrgeschlechtlichkeit aufzuzeigen. Andererseits macht der gesellschaftliche Status Quo ein entschiedenes Eintreten gegen das Patriarchat dringend notwendig. An altbewehrten Methoden der Gleichstellungspolitik wie der Quote oder Schutzräumen ist demnach festzuhalten, da sie geeignet erscheinen, mittelfristig dem Machtgefälle innerhalb des Patriarchats entgegenzuwirken und die Rolle der Frauen zu stärken. Dennoch liegt es auch an uns Jungsozialist*innen erste Schritte zu gehen, eine progressive Queerpolitik auch in unseren Verband zu tragen. Hierzu gehören unter anderem das Gendern mit *, das Einrichten eigener Schutzräume sowie die Möglichkeit, sich bei Anmeldungen zu Juso-Hochschulgruppen-Veranstaltungen anmelden zu können und dabei beim Geschlecht in einem leeren Feld eine Angabe machen zu können. Bei Minderjährigen ist der BuVo und der BGF beauftragt, die rechtliche Lage zu prüfen und im Sinne des Antrages eine Lösung zu finden.

Unsere Forderungen:

Unser Anspruch an eine jungsozialistische Queerpolitik im hochschulpolitischen Bereich beinhaltet daher:

- in Seminaren eine Debatte darüber zu führen, wie wir innerhalb der SPD und der Gesellschaft für Queerpolitik sensibilisieren können

- in unseren eigenen Strukturen den Umgang mit dem Thema Gender und mit Menschen, die sich nicht in das binäre System einordnen können oder wollen, kritisch zu reflektieren
- im Rahmen unserer eigenen Veranstaltungen Möglichkeiten einzuräumen, dass Teilnehmer*innen sich anmelden können, ohne sich zwingend als „weiblich / männlich“ definieren zu müssen
- nach dem Geschlecht nur dann zu fragen, wenn diese Information wirklich erforderlich ist
- in unseren Publikationen eine gendergerechte Sprache verwenden, die sich weg vom Binnen-I bewegt. Hierbei ziehen wir die substantivierte Progressivform (z.B. Studierende) wenn möglich vor. In allen anderen Fällen müssen wir als Juso-Hochschulgruppen eine Debatte darüber führen, ob wir Gendern mit Sternchen (Jungsozialist*in) oder mit dem so genannten gender gap (Jungsozialist_in) bevorzugen.
- das Einrichten von Schutzräumen für Inter*, Trans* und andere Menschen, die sich nicht im binären System wiederfinden.

An der Frauenquote vorerst festzuhalten, aber mittelfristig zu prüfen, inwieweit sie zu einer Quote für sich als nicht-männlich definierende Menschen erweitert werden kann.